

IV. Entwicklungspolitik: Von der Dritten Welt zur Einen Welt

Manche Beobachter meinen, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stehe ein Nord-Süd-Konflikt bevor. Richtig daran ist, daß sich in vielen bisher so genannten Entwicklungsländern ein Problemdruck anstaut, der die Industrieländer nicht uninteressiert lassen darf; denn Ursachen wie Folgen dieser Probleme betreffen auch sie. Aber schon die Einteilung in Norden und Süden ist eine starke Vereinfachung. Erst recht muß beachtet werden, daß die „Entwicklungsländer“ weder ökonomisch noch politisch und kulturell eine Einheit bilden. In der folgenden Darstellung soll das durch die strukturierende Nachzeichnung der entwicklungspolitischen Diskussion dreier Jahrzehnte zum Ausdruck kommen. Sie mündet in die oben (Abschnitt II) skizzierte weltpolitische Konstellation am Ende des Ost-West-Konflikts und in die Frage nach den Zukunftschancen internationaler Kooperation angesichts global gewordener Entwicklungsprobleme.

1. Krise der Entwicklungspolitik

Im Jahr 1961 erklärten die Vereinten Nationen die 60er Jahre zum „Jahrzehnt der Entwicklung“. Die meisten ehemaligen Kolonien waren selbständig geworden, und es herrschte allgemein die optimistische Annahme, der politischen Befreiung werde ein wirtschaftlich-sozialer Aufschwung in den neuen Staaten folgen. Die Bilanz dieser ersten Entwicklungsdekade war jedoch ernüchternd. In die zweite Dekade (die 70er Jahre) ging man schon eher pessimistisch, und an deren Ende machte sich allgemein Enttäuschung breit. Symptomatisch, wenn auch nicht unbedingt repräsentativ war die öffentliche Kehrtwendung, die der schwedische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger *Gunnar Myrdal* 1980 vollzog:

Das bisherige Konzept von Entwicklungshilfe müsse radikal überprüft werden. Es habe die Reichen in den Entwicklungsländern reicher und die Armen noch ärmer gemacht. Die Hilfgelder seien den dort herrschenden korrupten

Eliten zugute gekommen, die gar nicht an innere Reformen dächten. Es sei daher besser, die verfügbaren Mittel für eine internationale Armenfürsorge zu verwenden, als Katastrophenhilfe zur Rettung der vom Hungertod Bedrohten.

Auch wenn Fachleute und Politiker dem nicht gefolgt sind, stimmten sie doch weitgehend darin überein, die dritte Entwicklungsdekade (80er Jahre) sei eine Dekade der Krisen. Manche nennen es im nachhinein ein „verlorenes Jahrzehnt“. Welches waren die Krisenelemente der 80er Jahre?

- Trotz mancher Fortschritte in der „Dritten Welt“ hat sich die „Schere“ zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weiter geöffnet. Das **Wachstum des Sozialprodukts** betrug in den Entwicklungsländern in den 70er Jahren 4,6% statt der erhofften 6%, es sank ab 1980 weiter ab. Das **Pro-Kopf-Einkommen** ist von 1960 bis 1980 in den Industrieländern prozentual stärker gestiegen als in Ländern mit niedrigem Einkommen. In den 80er Jahren verbesserte sich das Verhältnis zwar für Asien, zugleich jedoch sank das Pro-Kopf-Einkommen in Schwarz-Afrika und in Lateinamerika. Das Einkommensverhältnis zwischen dem reichsten und dem ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung lautete 1960 30:1, 1980 45:1, 1992 60:1 (UN-Entwicklungsbericht 1992).
- Die inneren Probleme der Entwicklungsländer haben sich weiter zugespitzt: **Ernährungskrise:** Durchweg wurde die Landwirtschaft vernachlässigt, die meisten Entwicklungsländer können ihre Menschen nicht ernähren. Heute leiden fast 1 Mrd. Menschen in der Welt ständig Hunger, und ihre Zahl wächst. Dürrekatastrophen in Nordafrika haben dort die Situation noch verschlimmert.

- **Bevölkerungswachstum:** In den ärmeren Gebieten der Erde wächst die Bevölkerung schneller als das Sozialprodukt, so daß das Pro-Kopf-Einkommen dort sinkt.
- **Absolute Armut:** Etwa 800 Mio. Menschen in den Entwicklungsländern sind nicht in der Lage, ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, Gesundheit, Kleidung, Wohnung und Ausbildung zu befriedigen. Die Verelendung großer Bevölkerungsmassen ist infolge von Landflucht in den Slums großer Städte besonders schlimm.
- **Umweltprobleme:** Die Waldbestände im tropischen Gürtel der Erde schrumpfen bedenklich, der Brennholzverbrauch führt in fast ganz Afrika und Südasien zu schweren ökologischen Schäden. In der Sahelzone sinkt der Grundwasserspiegel gefährlich ab.
- Die ökonomische und soziale **Ungleichheit** wächst in und zwischen den Entwicklungsländern. Es gibt die große Zahl der ärmsten und armen Länder, es gibt die ölexportierenden Länder und es gibt die sog. Schwellenländer (vgl. 2.3).
- Die beiden **Ölpreiswellen** von 1973/74 und 1979/80, die erste durch den israelisch-arabischen Krieg von 1973 veranlaßt, gedacht als Waffe der „Dritten Welt“ gegen die westlichen Industriestaaten, haben sich am schlimmsten in den ölimportierenden Entwicklungsländern ausgewirkt. Sie zahlten 1973 noch 8,3 Mrd., 1980 aber 77 Mrd. Dollar für Ölimporte. 30 bis 50% ihrer Exporterlöse mußten sie 1981 für Ölimporte aufwenden.
- **Inflation und Überschuldung** sind gefährliche Tatbestände besonders in rascher sich entwickelnden sog. Schwellenländern. Die Verschuldung von Ländern wie Mexiko, Argentinien, Brasilien, Südkorea brachte den internationalen Geldmarkt in Gefahr. Die Verschuldung der Entwicklungsländer insgesamt betrug 1970 90 Mrd., 1980 schon 450 Mrd., 1992 1.200 Mrd. Dollar. Der Schuldendienst übersteigt die öffentliche Entwicklungshilfe wie auch die Exporterlöse vieler Länder.
- Die **weltwirtschaftliche Rezession** seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre führte zu erheblichen Problemen auch in den Industrieländern (Staatsverschuldung, konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit). Der Spielraum für Entwicklungshilfe wurde finanziell und politisch eingeschränkt. Die 1970 als Ziel für die zweite Dekade geforderte öffentliche Entwicklungshilfe von 0,7% des Bruttosozialprodukts ist von keinem Industrieland erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland lag 1992 bei knapp 0,4%. Der Protektionismus der Industrieländer, die Abschirmung eigener Wirtschaftsbereiche gegen fremde Konkurrenz, erschwert den Export der Entwicklungsländer.
- Die **politische Instabilität** in den Entwicklungsländern wuchs. Innere Unruhen, Bürgerkriege, Militärputsche häuften sich. Der demokratische Optimismus, mit dem viele Länder in die Unabhängigkeit entlassen wurden, ist verflogen. Leidlich funktionierende Demokratien haben in der „Dritten Welt“ Seltenheitswert, auch wenn in den 80er Jahren ein Prozeß der Re-Demokratisierung, besonders in Lateinamerika, einsetzte. Auch die zwischenstaatlichen Spannungen haben seit den 70er Jahren zugenommen. Es kam zu einer Reihe von Kriegen zwischen Staaten der „Dritten Welt“ (vgl. V.7).
- Der **Ost-West-Konflikt** mit seiner Mitte der 70er Jahre wieder zunehmenden Spannung griff neu auf die „Dritte Welt“ über. Die Sowjetunion engagierte sich zusammen mit Kuba in Äthiopien, in Angola und Moçambique, besetzte 1979 Afghanistan. Mittelamerika, der Nahe und Mittlere Osten wurden gefährliche Regionen einer möglichen Eskalation. Der Rüstungswettlauf zwischen Ost und West engte den Spielraum für Entwicklungshilfe weiter ein und erhöhte das Zinsniveau auf dem Weltmarkt. Das Ende des Ost-West-Konflikts brachte zwar Entspannung, erleichterte aber zugleich die kriegerische Austragung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte.

Wir alle, die gesamte Menschheit und alle Staaten, sind in diese Probleme verwickelt. Selbst wenn man von humanitären und moralischen Erwägungen absehen wollte – was man nicht kann, weil hinter allen globalen Zahlen und Aussagen Menschenschicksale stehen –, wären wir um unserer eigenen Interessen willen gezwungen, uns mit den Problemen der Entwicklungsländer intensiver zu befassen und nach Lösungen zu suchen. Sie sind nämlich, wie sich zeigen wird, zunehmend auch unsere Probleme geworden.

2. Was sind Entwicklungsländer?

Die in unserer politischen Sprache eingebürgerten Begriffe (Entwicklung, Entwicklungsländer, Unterentwicklung usw.) sind geeignet, Mißverständnisse zu transportieren. Wir müssen sie hier „hinterfragen“.

2.1 Der Begriff „Entwicklung“

Von Entwicklung zu reden, das kann vor allem drei Mißverständnisse fördern.

- *Erstens* könnte man meinen, es gehe um etwas Natürliches, um Entfaltung von Anlagen im biologischen Sinn. Es geht aber um Gestaltung menschlicher Verhältnisse in Wirtschaft und Politik, und diese kann durch menschliches Verhalten mehr oder weniger gelingen oder verfehlt werden.
- *Zweitens* setzen wir mit dem Begriff meist unbewußt unseren eigenen industriell-technischen, sozialen und politischen Standard als Ziel voraus und messen daran den anderer Völker. Diese scheinen dann nicht *anders* entwickelt, sondern zurückgeblieben, „unterentwickelt“, und wir meinen, sie müßten sich an uns angleichen.
- *Drittens* ist der Irrtum möglich, die sog. Entwicklungsländer zeichneten sich im Unterschied zu den Industrieländern durch besonders rasche Entwicklung aus, was jedoch durchweg gerade nicht der Fall ist. Erst seitdem wir neue Probleme unserer hochindustrialisierten Gesellschaft verschärft erfahren (Gefährdung der Lebensbedingungen, Zivilisationskrankheiten, soziale Desintegration, Vereinsamung u.a.m.), wird uns deutlicher, daß keine Entwicklung ohne Probleme ist, daß vielmehr jede Art von Entwicklung und jedes Stadium von Entwicklung spezifische Probleme mit sich bringt. Es gibt „Unterentwicklung“ in unserer Welt, aber wir müssen uns bewußt bleiben, daß wir sie unter bestimmten Perspektiven wahrnehmen und an bestimmten Maßstäben messen. Wir müssen die Frage, ob es nicht andere Perspektiven und Maßstäbe gibt, offenhalten.

2.2 Merkmale von Unterentwicklung

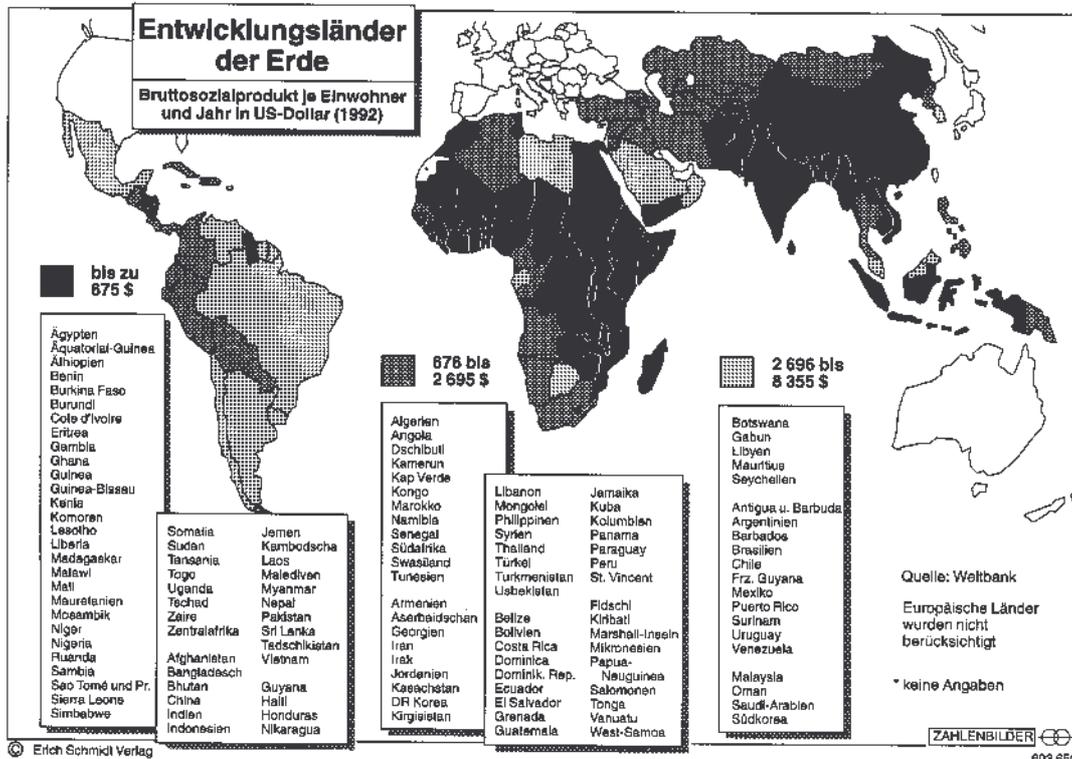
Die hier gezeigte Weltkarte benennt und unterscheidet Entwicklungsländer einzig nach dem **Merkmal Sozialprodukt** je Einwohner. Das Merkmal ist seit der ersten Entwicklungsdekade international gebräuchlich, es ist dennoch nicht unproblematisch. Es ist ein ökonomischer Maßstab, der über soziale, politische, kulturelle Zustände nichts aussagt. Es ist ferner eine Durchschnittsgröße, die über ökonomische und soziale Ungleichheiten in den Entwicklungsländern nichts aussagt; diese sind dort aber durchweg krasser als in den Industrieländern.

Amerikanische Autoren errechneten für 1970 das Verhältnis des Konsums der 20% Reichsten zu dem der 20% Ärmsten für Brasilien als 17:1, für Gabun als 35:1, für Kolumbien als 31:1, für den Durchschnitt von 44 Entwicklungsländern als 10:1. (Zahlen nach *Geiger/Mansilla*, Unterentwicklung, Frankfurt 1983 S. 5 f.)

Andererseits ist die Berechnung eines Sozialprodukts in Ländern mit geringer Marktentwicklung eine schwierige Schätzaufgabe. Wo **Subsistenzwirtschaft** vorherrscht, wo Produktion und Konsum in Löhnen und Preisen ausgedrückt werden, kann man strenggenommen kein Sozialprodukt errechnen. Dennoch sagen die Vergleiche des Sozialprodukts pro Kopf etwas aus, und eine Reihe von oben in unserer Problemskizze schon genannten Armuterscheinungen hängen eng mit dem niedrigen Produktions- und Konsumvolumen zusammen.

Neben dem niedrigen Pro-Kopf-Einkommen werden in der Regel folgende *weitere Merkmale* für Unterentwicklung genannt:

- starkes Bevölkerungswachstum,
- hohe Analphabetenquote und unzureichende Ausbildung,
- hohe Arbeitslosenquote,
- geringe durchschnittliche Lebenserwartung und hohe Kindersterblichkeit,



- dualistische Wirtschaftsstruktur mit einem traditionellen, wenig produktiven landwirtschaftlichen Sektor und einem davon losgelösten Industrie- und Dienstleistungssektor in Städten, damit verbunden Landflucht und Slumbildung,
- Mangel an Investitionskapital und Know-how,
- geringe Spar- und Investitionsrate,
- starke soziale Orientierung auf Primärgruppen hin und geringe Loyalität gegenüber dem „Staat“.

2.3 Differenzierung der Entwicklungsländer

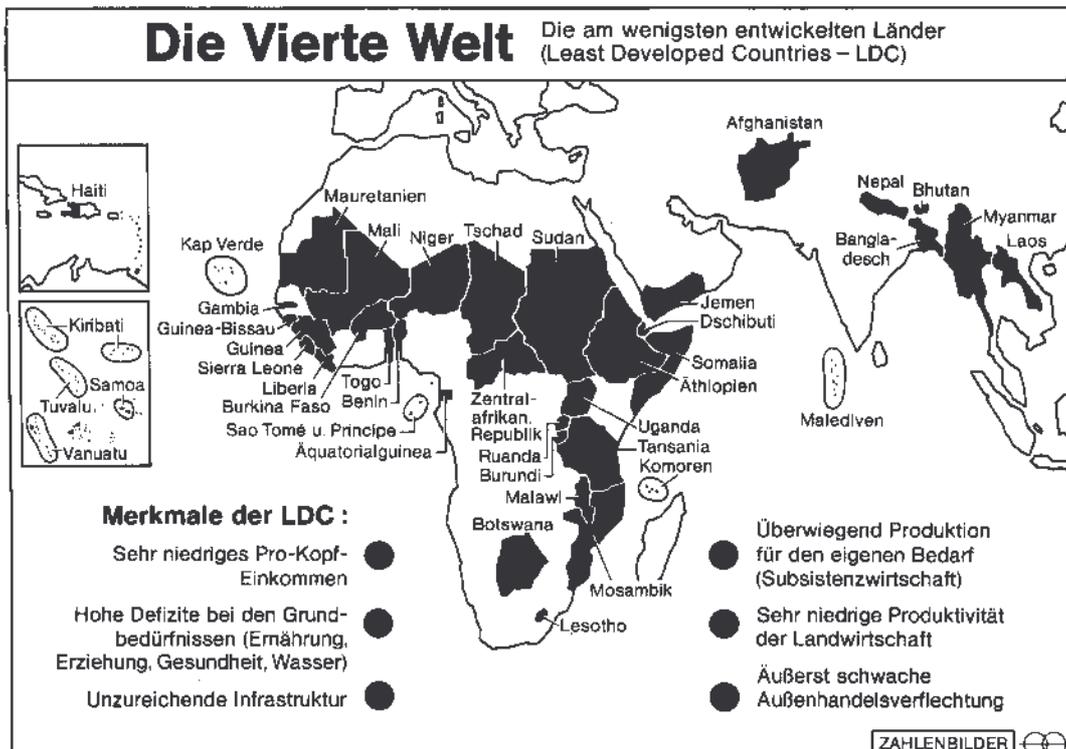
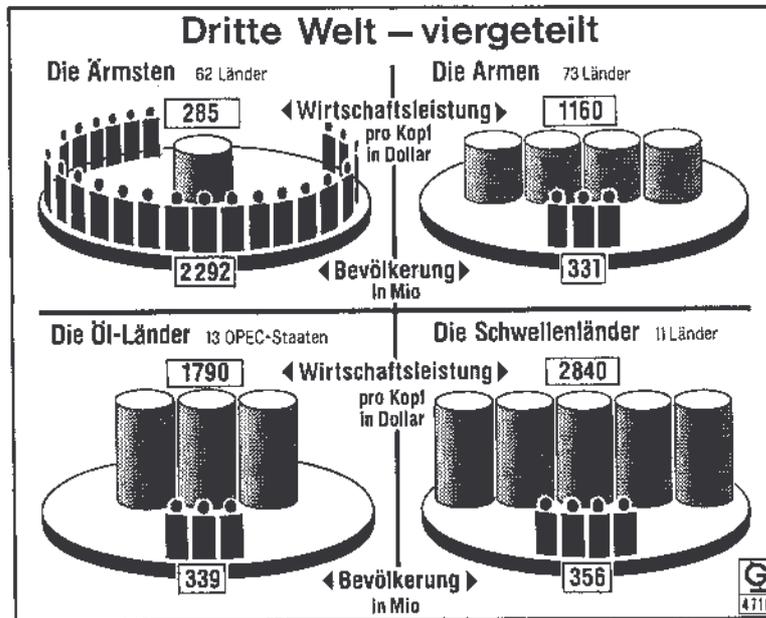
Globale Begriffe wie Dritte Welt und Unterentwicklung verdecken, daß es nicht nur in, sondern in zunehmendem Maße auch zwischen den Entwicklungsländern erhebliche Unterschiede gibt. Die oben wiedergegebene Weltkarte teilt die Länder, wenn auch nur schematisch, in vier Gruppen ein.

Die Vereinten Nationen führen eine Liste der ärmsten Entwicklungsländer (LDC = least developed countries). Sie basiert auf der Kombination mehrerer Faktoren.

Von den **erdölexportierenden Ländern**, die sich in der OPEC zusammengeschlossen haben, gehören einige nicht zu den Entwicklungsländern: Katar, Kuwait, Libyen, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate.

Eine verbindliche Liste der „**Schwellenländer**“ gibt es nicht. Gemeint sind damit Länder mit relativ fortgeschrittener Industrialisierung, von denen man annimmt, daß sie die typischen Merkmale von Unterentwicklung in absehbarer Zeit überwinden werden. Man zählt zu ihnen so unterschiedliche Länder wie Argentinien, Brasilien, Mexiko, Portugal, Spanien, Südkorea, Singapur, Taiwan, neuerdings auch Malaysia und Thailand. Die Beispiele zeigen, daß „Schwellenland“ nicht bedeutet, die sozialen und politischen Probleme seien dort geringer als in anderen Entwicklungsländern. Industrielle Entwicklung schafft neue Probleme, z. B. der sozialen Ungleichheit, der Entwurzelung von Bevölkerungen, der Ausbeutung, der politischen Instabilität.

Eine Einteilung zu Beginn der achtziger Jahre



Der seit Jahren in der Dritten Welt zu beobachtende Differenzierungsprozeß hat nicht nur ökonomische Gründe. So kann man auf die Erneuerungsbewegung im Islam hinweisen, die im Mittleren Osten erhebliche politische Konsequenzen hatte. Man kann auf das politische Gewicht von Ländern wie Indien

und China hinweisen, die nicht zu den Schwellenländern zählen. Im ganzen jedenfalls bilden die Entwicklungsländer auch in der internationalen Politik längst keine Einheit mehr.

3. Ursachen der Unterentwicklung und Entwicklungsstrategien

Entwicklungskonzepte hängen naturgemäß von der Erklärung ab, die man für Unterentwicklung gibt. Darüber gibt es den Streit zwischen unterschiedlichen Positionen. Vereinfacht kann man sagen, daß sich in den 60er Jahren und stärker noch in den 70er Jahren in Wissenschaft und Politik zwei Richtungen gegenüberstanden:

- Westlich-liberal und marktwirtschaftlich orientierte Fachleute und Politiker betonten stärker die innen, in den Entwicklungsländern selbst liegenden, die **endogenen Ursachen** von Unterentwicklung und verstanden unter Entwicklung Modernisierung im Sinne der Industrieländer (**Modernisierungstheorie**).
- Marxistisch oder „gesellschaftskritisch“ orientierte Fachleute und Politiker betonten stärker die von außen auf die Entwicklungsländer einwirkenden, die **exogenen Ursachen** von Unterentwicklung in Vergangenheit (Kolonialismus) und Gegenwart (ungerechte weltwirtschaftliche Strukturen) und vertraten sozialistische Entwicklungskonzepte, teils verbunden mit Wiedergutmachungsforderungen an die ehemaligen Kolonialmächte, teils mit stärkerer Betonung der eigenen Kräfte der Entwicklungsländer (self-reliance) und der Abkoppelung (Dissoziation) von den Industrieländern (**Dependenztheorie**).

Motive und Ziele der praktischen Politik waren immer vielfältiger als die theoretischen Konzepte, und inzwischen ist auch in der wissenschaftlichen Diskussion das schematische Entweder-Oder überwunden. Die Erklärungsversuche können sich durchaus gegenseitig ergänzen.

3.1 Endogene Ursachen und Modernisierung

Geographisch fällt auf, daß fast alle „Entwicklungsländer“ in den Tropen und Subtropen liegen. Gegen extreme klimatische Bedingungen wie Hitze, große Niederschlagsmengen in kurzen Regenzeiten, Dürrekatastrophen sind die Menschen in diesen Regionen bis heute oft wehrlos. Andererseits haben in vielen dieser Regionen fruchtbare Böden mit hohen Erträgen eine aufwendige Vorratshaltung überflüssig gemacht und eine anspruchslose Lebenshaltung ohne viel Arbeit begünstigt. Die Entwicklung neuer Produktionsmethoden und Produkte wurde gerade wegen des natürlichen Reichtums nicht als erforderlich empfunden.

Historisch, kulturell und sozialpsychologisch kann man in überkommenen Ordnungen mit festen Bindungen der Menschen an Großfamilie, Stamm oder Kaste und in bestimmten religiösen Traditionen Entwicklungshemmnisse sehen. Es fehlt an sozialer und regionaler Mobilität, an ökonomischer Initiative, die eine sich selbst tragende Initiative in Gang setzen könnte.

Soziologisch und politisch steht gegen eine Entwicklung häufig eine Zweiteilung der Gesellschaften in eine besitzende und herrschende Oberschicht und eine von der Mitwirkung ausgeschlossene Unterschicht, während eine dynamische Mittelschicht fehlt. Autokratische Herrschaftsstrukturen, nicht selten von Militärs beherrscht, und der Mangel an zuverlässiger Verwaltung und Kontrolle verhindern Entwicklung. Es fehlen Institutionen politischer Beteiligung.

Modernisierung solcher Gesellschaften bedeutete aus westlich-liberaler Sicht das Ingangsetzen sozialen Wandels durch ökonomische und durch kulturelle Maßnahmen (Wirtschafts- und Bildungshilfe). Dabei lag der Schwerpunkt eher auf dem Wirtschaftlichen, weil hier Entwicklung am schnellsten erreichbar schien. Wirtschaftliches Wachstum durch Kapitalein-

satz schien der einfachste Weg. Der Aufbau von Industrien, die Ausweitung von Exportmöglichkeiten und die Teilnahme am Welthandel sollte den Ländern ein gewisses Aufholen, eine Annäherung an die Industrieländer ermöglichen.

Es wäre ungerecht zu sagen, dies alles sei ganz falsch gewesen und habe nichts bewirkt. Es sind nicht nur Prestigeprojekte wie riesige Staudämme oder Stahlwerke gefördert worden. Aber je mehr sich Entwicklungsprojekte vor Ort auf die sozialen Gegebenheiten einließen, um so deutlicher erwiesen sich oft die soziokulturellen, die politischen und die psychischen Faktoren als Hemmnisse einer Modernisierung in unserem Sinn.

Schon zu Beginn der zweiten Entwicklungsdekade wurde erkennbar, daß die mit dem Modernisierungskonzept verknüpften Erwartungen sich nicht erfüllten. Als ein Haupthindernis wurde neben der schnellen Bevölkerungszunahme mehr und mehr der Tatbestand deutlich, daß die von oben, über Regierungen und durch große Projekte versuchte Entwicklung kaum nach unten „durchsickerte“, sondern eher der ohnedies bessergestellten Minderheit zugute kam. Die Frage nach den exogenen Ursachen von Unterentwicklung und Klassenstruktur trat in den Vordergrund.

3.2 Exogene Ursachen und Klassenkampf oder Abkoppelung?

Die Grundannahme gesellschaftskritischer oder marxistisch orientierter Theoretiker war, Unterentwicklung sei von außen durch europäischen und amerikanischen Kolonialismus und Imperialismus verursacht.

Der europäische Kolonialismus wurde als expandierender Kapitalismus gedeutet, der sich in den Kolonien Rohstoff- und Absatzmärkte gesichert habe. Die Kolonialmächte hätten den Kolonien eine einseitige Arbeitsteilung aufgezwungen, die dort vorhandene Konkurrenz von Gewerbe und Kleinindustrie zerstört, die Kolonien auf die Funktion der Lieferung billiger Rohstoffe (aus Monokulturen) und Arbeitskräfte (Sklaven) zurückgedrängt. Was an Infrastruktur von den Kolonialmächten entwickelt wurde (Verkehrsnetz, Verwaltung, Gesundheitswesen, Schulen), sei einseitig den Kolonialmächten und einer Oberschicht mit ihnen kollaborierender Einheimischer zugute gekommen. Damit seien die Gesellschaften der Kolonien deformiert, in Klassen gespalten, ihre Entwicklung blockiert, Unterentwicklung produziert worden; woraus sich zugleich ein Gutteil des Vorsprungs der kapitalistischen Länder erkläre. Mit der Entkolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg sei die einseitige Abhängigkeit nicht beendet, vielmehr indirekt als wirtschaftliche Abhängigkeit weitergeführt worden (Neokolonialismus). Der wachsende Reichtum der Industrieländer wurde von manchen auf die Ausbeutung der Entwicklungsländer zurückgeführt.

Entwicklung erscheint in dieser Betrachtungsweise als Klassenkampf und Befreiung. Im Spektrum unterschiedlicher Marxismen und Dependenztheorien konnte dieser Kampf als „Befreiungskrieg“ unter Führung oder mit Hilfe der Sowjetunion dargestellt werden, als Kampf der „Dörfer gegen die Städte“ (Rotchina zur Zeit Maos); als Überwindung „struktureller Abhängigkeit“ durch Dissoziation der „Peripherie“ von den „kapitalistischen Zentren“ und durch „autozentrierte Entwicklung“ (Dependenztheorien nach *Galtung, Senhaas* u.a.).

Diese Theorien wirkten überzeugend, weil sie komplizierte Entwicklungen einfach erklären und dabei unbestreitbare Tatsachen als allgemeinen „Beweis“ benutzen. Es gab seit dem 16. Jahrhundert die Ausbeutung von Kolonien durch Raub von Edelmetallen, durch Zwangsarbeit der Eingeborenen; es gab die Aneignung von monopolistischen Handelsprofiten durch europäische Handelsgesellschaften; es gab bis ins 19. Jahrhundert den besonders schändlichen Sklavenhandel im Dreieck zwischen Europa, Schwarzafrika und Amerika. Es gab im 19. Jahrhundert die Zerschlagung gewerblicher Produktion des „Südens“, z. B. der ägyptischen und der indischen Textilindustrie durch England. Es gab schließlich die grausamen Kolonialkriege der Spanier und Portugiesen in Lateinamerika, der Engländer und Deutschen in Südafrika, der Belgier im Kongo.

Für manche ehemaligen Kolonien lassen sich deshalb heutige Zustände bis zu einem gewissen Grad aus ihrer kolonialen Vergangenheit erklären. Der europäische Kolonialismus hat zwar den unterworfe-

nen Völkern auch „Segnungen“ der westlichen Zivilisation gebracht, aber er hat damit zugleich massiv in bisher bestehende soziale und wirtschaftliche Strukturen eingegriffen und damit mögliche andere Entwicklungen abgeschnitten. Ganz abgesehen von moralischer Schuld, die mit dem Kolonialismus auch verbunden ist, gibt es deshalb die *geschichtliche Verantwortung* der Industrievölker dafür, daß sie die anderen in den Prozeß ihrer Modernisierung einbezogen haben. Die „Europäisierung“ der Erde hat schwere Probleme geschaffen, hat zu weltweiter Interdependenz und damit zur Notwendigkeit weltweiter Solidarität geführt. Aber weder historisch noch wirtschaftswissenschaftlich ist es erlaubt, den Kolonialismus als Totalerklärung heutiger „Unterentwicklung“ oder gar als entscheidende Ursache für den Wohlstand der Industrievölker zu nehmen.

Historisch darf man nicht den Fehler machen, die Zustände bei den Kolonialvölkern vor ihrer Kolonialisierung zu idealisieren. Es gab auch vorher Hungersnöte und Seuchen, es gab gegenseitige Unterdrückung, Stammeskriege und Sklaverei. Weder die Kastenstruktur Indiens noch die Unterdrückung der Frau in islamischen Bereich ist ein Produkt des europäischen Kolonialismus. Historisch gibt es ferner Gegenbeispiele: Es gibt Entwicklungsländer, die nicht Kolonien waren (z. B. China, Thailand, Afghanistan, Nepal, Äthiopien, Liberia); es gibt Industrieländer, die nicht oder nur kurze Zeit Kolonialmächte waren (Schweiz, Skandinavische Staaten, Japan); es gibt ehemalige Kolonialmächte, die ihrerseits lange in einem „vorkapitalistischen“ Zustand verharrten (Spanien, Portugal, Rußland). Es gibt ehemalige (Siedler)kolonien, die nach ihrer Befreiung in einen raschen Entwicklungsprozeß eintraten (USA, Kanada, Australien, Neuseeland), andere, in denen bis in unsere Zeit vorindustrielle Strukturen erhalten blieben (Lateinamerika). In weltgeschichtlicher Gesamtbetrachtung ist viel eher als die Armut der Wohlstand die Ausnahme und das erklärungsbedürftige Phänomen. Erst industrielle Revolution, kapitalistische Wirtschaftsweise und Sozialstaatlichkeit haben Massenwohlstand ermöglicht (vgl. C I.).

Wirtschaftswissenschaftlich dürfte es unmöglich sein zu entscheiden, ob die Kolonialmächte in ihre Kolonien mehr hineingesteckt oder aus ihnen herausgeholt haben. Aber keineswegs erklärt sich ihr späterer Wohlstand vornehmlich oder gar ausschließlich aus der Ausbeutung von Kolonien. Der Wohlstand der Industrieländer beruht hauptsächlich auf ihrer hochgradigen Arbeitsteilung und auf dem hohen wissenschaftlich-technischen Niveau ihrer Arbeitskräfte und Produktionsmittel. Die Mitglieder einer in dieser Weise industrialisierten Gesellschaft sind in der Lage, sich gegenseitig hoch eingeschätzte Waren und Dienstleistungen anzubieten. Ein zusätzlicher ökonomischer Vorteil mag darin bestehen, daß sie bestimmte Rohstoffe bei ärmeren Völkern billig einkaufen können. Aber dies reicht nicht aus, um ihren Reichtum zu erklären. Rohstoffe gewinnen ökonomisch erst einen Wert durch Nachfrage, das heißt dadurch, daß jemand in der Lage ist, sie zu begehrten Fertigwaren zu verarbeiten. Wir sind nicht wohlhabend, weil wir bei anderen bestimmte Güter billig einkaufen können; vielmehr können wir solche Güter kaufen, weil wir wohlhabend sind.

Die Bundesrepublik Deutschland tätigt 10% ihres Außenhandels mit „Entwicklungsländern“. Unser Sozialprodukt wird davon nur zu 2,5% erstellt, aber im Austausch, nicht im Wegnehmen. Selbst wenn man den Tausch als „ungleich“ ansehen würde, könnte man daraus nicht unseren Wohlstand erklären.

Der Zusammenhang sei an einem besonders ärgerniserregenden Sachverhalt erläutert:

Die EG bezieht 50% ihrer Maismenge, die an Vieh verfüttert wird, aus Drittländern, meist Entwicklungsländern. Dort aber sind Menschen unterernährt. In den Industrieländern frißt das Vieh ein Viertel der Weltgetreideproduktion, zugleich aber sind mehr als 500 Mio. Menschen unterernährt. Das wird mit Recht beklagt; freilich müßte man genauer fragen, ob es nicht auch im Interesse der Entwicklungsländer bzw. in wessen Interesse dort es ist, Viehfutter zu exportieren, und wie man politisch dafür sorgen könnte, daß die damit erwirtschafteten Devisen allen zugute kommen. Der geschilderte Tatbestand beweist aber nicht, daß wir unseren Wohlstand der Ausbeutung der Entwicklungsländer verdanken. Es muß vielmehr umgekehrt erklärt werden, warum bei uns die Kaufkraft vorhanden ist, die uns das Mästen von Vieh mit Getreide ermöglicht, und worin der Mangel an Kaufkraft in den Entwicklungsländern begründet ist, der verhindert, daß das Getreide auf dortige Märkte geht. Ein Kritiker hat darauf hingewiesen, die Chinesen züchteten viermal soviel Schweine wie die Amerikaner. Kämen nun die Chinesen auch auf die Idee, ihre Schweine mit Getreide zu mästen, dann bliebe für die Menschheit nur sehr wenig Getreide übrig. Das mag theoretisch zutreffen, nur können die Chinesen auf diese Idee gar nicht kommen, weil sie die Kaufkraft nicht haben, um dieses Getreide zu kaufen.

Importe von Futtermitteln

Die Welthandelsbeziehungen muten teilweise kurios an. Während die EG Rindfleischüberschüsse zu Schleuderpreisen in Westafrika verkauft, importiert sie zur gleichen Zeit Futtermittel für die Rindermast nach Europa aus der Region. 1990 importierte die EG fast 50 000 Tonnen Futtermittel (Erdnußölkuchen, Palmöl- und Baumwollölkuchen etc.) aus Westafrika im Gesamtwert von ca. 126 Mio. DM. Herkunftsländer sind z. B. Burkina Faso, die Elfenbeinkü-

ste, Gambia, Nigeria, Kamerun, Senegal, Tschad und Togo.

Diese Mengen sind zwar nur ein kleiner Teil der gesamten von der EG importierten Futtermittelmenge, doch für die Ökonomien Westafrikas von hoher Bedeutung. Die starke EG-Nachfrage verteuert gleichzeitig die Tierfuttermittelpreise in Afrika, so daß dort Engpässe in der Versorgung auftreten.

epd - Dritte Welt-Information (12/13 - 1993, S. 6)

Richtig ist, was mit solchen Beispielen auch gesagt werden soll, daß nämlich die Änderung unserer Konsumgewohnheiten (Reduzierung unseres Fleischverbrauchs) den Menschen der „Dritten Welt“ helfen könnte, allerdings nur, wenn wir die dadurch gesparte Kaufkraft zugleich ihnen zur Verfügung stellen würden.

3.3 Differenzierung und Revision der Theorien

Der entwicklungstheoretische Streit der 70er Jahre hat einer differenzierteren Sicht Platz gemacht. Das ist auch ein Verdienst empirisch fundierter Entwicklungsländerforschung. So haben, um nur zwei Schwerpunkte aus der deutschen Politikwissenschaft zu nennen, Forscher des Freiburger Arnold- Bergsträßer-Instituts die sozio-ökonomischen und politischen Strukturen einzelner Länder untersucht und kamen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß in ihnen die Haupthemmnisse für erstrebenswerte wirtschaftlich-soziale, kulturelle und politische Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen zu finden seien. Andererseits haben Dependenztheoretiker wie *Dieter Senghaas* und sein Mitarbeiter *Ulrich Menzel* ihre ursprünglichen Annahmen historisch-vergleichend an der europäischen Entwicklung und an der auffallenden Entwicklung asiatischer Länder überprüft (Japan, Südkorea, Taiwan, Malaysia u.a.). Ihr Ergebnis lautet, allgemein formuliert, es gebe unter bestimmten inneren Bedingungen Entwicklungschancen auch bei Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Für beide Richtungen folgt je ein repräsentativer Text.

a) *Dieter Oberndörfer*

„Bei der Frage nach den Ursachen ökonomischer Entwicklung oder Unterentwicklung haben sich alle monokausalen Erklärungsversuche als unzureichend erwiesen. Die Dependenztheorien heben einseitig auf die strukturellen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt ab, die Modernisierungstheorien ebenso einseitig auf interne Faktoren wie Bevölkerungsdruck und tradierte Einstellungen. Bei den analytisch wichtigen Unterscheidungen dieser beiden Theorien werden die verschiedenartigen ökonomischen Ausgangsbedingungen der

einzelnen Staaten der Dritten Welt zu wenig berücksichtigt (unterschiedliche Ressourcen, Marktgrößen, Nähe zu Wachstumszentren wie z. B. im Falle der südeuropäischen Staaten oder im Verhältnis der südostasiatischen Staaten zu Japan). Ferner läßt sich die Situation der Entwicklungsländer nicht allein durch fotografische Momentaufnahmen der Gegenwart, sondern durch die Beschäftigung mit ihrer Geschichte verstehen und erklären. Viele der für die Entwicklungsgeschichte einzelner Länder wichtigen Faktoren lassen sich in der Forschung indes nicht, wie in einem

naturwissenschaftlichen Experiment, objektiv messen, sondern nur spekulativ schätzen. Dabei wird die historische Forschung und die Gegenwartsanalyse nur mit einer synoptischen Betrachtung der Außen- und Innenpolitik, der Wirtschaft, der Gesellschaft, der politischen Institutionen und auch persönlicher Faktoren, wie der Bedeutung großer politischer Führer, der Realität des Völkerlebens gerecht. Alle historischen Erklärungen erfolgen nachträglich; sie systematisieren im nachhinein Vorgänge, in denen auch der Zufall eine entscheidende Rolle spielen kann. Die bis-

herigen generellen Erklärungsversuche ökonomischer Entwicklung oder Unterentwicklung bestimmter Staaten wurden jedenfalls der Komplexität des Einzelfalls nicht gerecht. Angesichts der schon fast unübersehbar gewordenen Komplexität der historischen Forschung zur Entstehungsgeschichte westlicher Staaten verwundert der Mut, mit dem immer wieder *die* Entwicklung *der* Länder *der* Dritten Welt aus angeblich allseits gültigen ‚Theorien‘ ohne Berücksichtigung der Individualität und Komplexität der Geschichte erklärt wird.“

(Dieter Oberndörfer: Das Entwicklungsproblem aus heutiger Sicht, in: Karl Kaiser und Hans-Peter Schwarz [Hrsg.], *Weltpolitik. Strukturen – Akteure – Perspektiven* (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 217), Bonn 1985, S. 199)

b) Ulrich Menzel/Dieter Senghaas

formulieren in einer „Bestandsaufnahme“ vier Thesen zum Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt:

1. Die politische und wirtschaftliche Differenzierung der Dritten Welt nimmt zu.
2. Es kann nicht länger davon gesprochen werden, daß es einen einheitlichen Interessensgegensatz zwischen Erster und Dritter Welt gibt.
3. Die Zentrum-Peripherie-Modelle über das internationale System sind revisionsbedürftig.
4. Ob eine weltmarktintegrativ oder eine dissoziativ ausgerichtete Strategie möglich bzw. angebracht ist, hängt von den naturräumlichen und demographischen Größenverhältnissen eines Landes ab.

An anderer Stelle der gleichen Untersuchung fassen sie ihre Ergebnisse, den Zusammenhang von Entwicklung und Militarisierung betreffend, so zusammen:

„Auch mitten in Europa erzeugten Agrargesellschaften, in denen die überkommenen Machtverhältnisse aufrechterhalten wurden und in denen zu einem relativ späten Zeitpunkt eine Industrialisierung staatlicherseits ‚künstlich‘ inszeniert und dem überkommenen Gesellschaftskörper aufgesetzt wurde, typische (aus der heutigen Sicht gesprochen) Drittwelt-Erscheinungen. Dabei ist in diesem Zusammenhang insbesondere an die Geschichte der ost- und südosteuropäischen Gesellschaften, weiterhin an die südeuropäischen Länder zu denken, in denen sich – bei allen Unterschieden im einzelnen – der hier dargelegte Zusammenhang aufzeigen läßt. An einzelnen gut erforschten Fällen (wie z. B. Rumänien, Spanien) lassen sich im historischen Material Sachverhalte beobachten, die – lägen die empirischen Befunde nicht Jahrzehnte zurück – ganz aktuell erscheinen [. .].

Positiv gewendet, kann folgendes festgestellt werden: Gesellschaften, in denen die innergesellschaftlichen Konflikte zu einem frühzeitigen Entfeudalisierungsprozeß führten, also überkommene oligarchische Kräftegruppierungen politisch besiegt wurden, haben dadurch eine Grundlage für die breitenwirksame Leistungssteigerung der Landwirtschaft, eine darauf bezogene agrarnahe Industrialisierung und eine allmähliche Binnenmarkterschließung (gerade auch in Fällen von anfänglicher Exportorientierung) errungen. Sie wurde zum Ausgangspunkt eines Entwicklungsprozesses, in dem sich – wenn auch nicht in allen Fällen kurzfristig, so doch langfristig – Wachstum, Entwicklung und Verteilungsgerechtigkeit nicht wechselseitig ausschlossen. In diesen Gesellschaften (zu denken ist im wesentlichen an die entwickelten OECD-Gesellschaften) ist es auch in der Regel, wenn-

gleich oft nur über erbitterte politische Auseinandersetzungen, zeitverschoben zu Demokratisierungsschüben gekommen. Das hat letztlich dazu geführt, daß auf den durch ökonomische Veränderungen bedingten sozialen Wandel entsprechende politische Veränderungen gefolgt sind [...]. Eine wachsende Arbeitsteilung und eine neue soziale Schichtung verschränkten sich allmählich mit neuen Formen politischer Selbstregulierung. Das war kein geradliniger, schon gar nicht ein schmerzloser Prozeß; aber langfristig wurde mit ihm der ansonsten drohenden Militarisierung entgegengewirkt.

Die daraus für die Entwicklungspolitik zu ziehenden Lehren liegen auf der Hand: Die Militarisierung von Entwicklungswegen läßt sich am ehesten verhindern,

- wenn Entwicklungspolitik im Anschluß an eine wirkliche und nicht nur symbolische Agrarreform den landwirtschaftlichen Sektor fördert (und damit seine heute in der Regel gegebene strukturelle Benachteiligung beseitigt). Dabei ist zu berücksichtigen, daß in einer Agrargesellschaft eine solche Maßnahme automatisch eine breitenwirksame Ausstrahlungskraft besitzt;
- wenn vielfältige handwerkliche und kleinindustrielle Aktivitäten, die der Landwirtschaft nutzen, Ermutigung und Unterstützung finden;
- wenn durch geeignete außenwirtschaftspolitische Maßnahmen verhindert wird, daß eine der-

artige Binnenmarkterschließung von unten und innen heraus durch einen unausweichlich unerbittlichen Verdrängungswettbewerb von seiten höher entwickelter und produktiver arbeitender ausländischer Ökonomien schon im Ansatz vernichtet wird.

Nur unter solchen Bedingungen kann es gelingen, die Masse der Menschen produktiv in Gesellschaft und Ökonomie einzugliedern und Ungleichgewichte bzw. Disparitäten nicht wachsen zu lassen bzw. sie zu verhindern oder auch abzubauen. Sind jedoch die Prioritäten nationaler und internationaler Entwicklungspolitik falsch gesetzt und werden verkrustete Gesellschaftsordnungen verteidigt, so kommt es, nicht anders als in der Geschichte Europas, fast zwangsläufig zur Herausbildung von autokratisch-oligarchischen, staatsbürokratisch-korporatistischen und nicht allzu selten von offen militarisierten politischen Regimen. Darin sind die Hintergrundsbedingungen für die weitgehende Militarisierung der Dritten Welt zu sehen.

Eine an den genannten Kriterien ausgerichtete Entwicklungspolitik ist deshalb eines der sinnvollsten Mittel gegen eine sich noch mehr ausweitende Militarisierung; die Förderung von Rüstungsexporten in die Dritte Welt wirkt demgegenüber wie ein Reizmittel für weitere Militarisierung, langfristig wie eine Droge.“

(Menzel/Senghaas 1986, S. 93-95)

4. Innere Reformen in „Entwicklungsländern“

Die Erkenntnis, daß die inneren Verhältnisse entscheidend sind für eine positive Entwicklung der Völker, legt es nahe, zunächst die damit aufgeworfenen Fragen zu erörtern. Im Rahmen der Darstellung internationaler Politik ist das jedoch nicht mit Ausführlichkeit zu leisten. Wir beschränken uns auf Hauptfragen, die auch für die internationalen Beziehungen und für die Entwicklungspolitik der Industrieländer wichtig sind.

4.1 Grundbedürfnisstrategie

Von verschiedenen Institutionen und Gruppen wurde in den siebziger Jahren die Konzentration der Entwicklungsanstrengungen auf die Grundbedürfnisse der ärmeren Bevölkerungsschichten gefordert. Seit 1978 versuchte die Bundesregierung, ihre Projektpolitik stärker daran auszurichten. Doch stieß die neue Strategie auch auf Kritik, besonders bei einigen Regierungen der Entwicklungsländer. Sie befürchteten, die Industrieländer wollten damit eine Alternative zu den Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung entwickeln und ihnen die moderne industrielle Technik vorenthalten. Folgende Texte beschreiben in unterschiedlicher Weise, was gemeint ist.